

Landkreis Friesland

Niederschrift

**über die 9. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am
Mittwoch, 9. Juli 2008, im "Neuenburger Hof", Am Markt 12,
Zetel-Neuenburg**

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Böcker, Rudolf
Chmielewski, Iko
Dierenga, Karin
Eggerichs, Peter
Etzold, Jost
Gabbey, Dietrich
Gburreck, Fred
Gramberger, Joachim
Grützner, Gisela
Habeck, Wilfried
Harms, Siegfried
Heidenreich, Walter
Herfel, Bärbel
Hoppenheit, Christa
Husemann, Horst-Dieter
Janßen, Dieter
Janßen, Wolfgang
Just, Janto
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kammer, Hans-Werner MdB
Kindo, Anja
Koch, Klaus-Peter
Lahl, Herbert
Lies, Olaf MdL
Müller, Alfred
Nieraad, Peter
Onken, Elisabeth
Onnen-Lübben, Reinhard
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd

Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede
Ramke, Michael
Recksiedler, Raimund
Rost, Wilfried
Schlieper, Ulrike
Thiesing, Ralf
Tischer, Peter
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin Dr.
Gerdes, Gerda
Kloß, Elena
Wehnemann, Peter

Gast:

Bürgermeister Heiner Lauxtermann (ab TOP 5.5.2)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Lahl eröffnete die Sitzung und hieß die Kreistagsmitglieder, die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung, die Pressevertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer willkommen. Herr Bürgermeister Lauxtermann habe angekündigt, etwas später zur Sitzung zu erscheinen und den Kreistag zu begrüßen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Lahl stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Als abwesend seien vermerkt die Kreistagsabgeordneten Frau Haltern, Herr Busch, Herr Funke und Herr Kaempfe.

Namens des Kreistages gratulierte Herr Lahl sodann Herrn Wilfried Rost nachträglich zum Geburtstag am Vortage; Landrat Ambrosy überreichte einen Blumenstrauß.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Aufnahme des Eilantrages der SPD/FDP-Gruppe unter TOP 9.4 wurde zugestimmt. - Der Tagesordnung wurde zugestimmt.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Janßen erklärte, die Thematik "Abholzung Upjever" hätte in der Sitzung des Umweltausschusses (30.06.) behandelt werden können; sh. hierzu auch unter TOP 9.4.

TOP 4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 27. Februar 2008

Die öffentliche Niederschrift wurde genehmigt.

TOP 5 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 5.1 - aus dem Kreisausschuss vom 2. April 2008

**TOP 5.1.1 Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2009 bis 2013
Vorlage: 252/2008**

Sh. Ausführungen hierzu unter TOP 5.3.2.

**TOP 5.1.2 Kreisschulbaukasse; Endgültige Festsetzung eines Darlehens an
den Landkreis Friesland für den Ausbau des Lothar-Meyer-
Gymnasium
Vorlage: 265/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 02.04.2008 zur Kenntnis.

Beschluss:

Dem Landkreis Friesland wird für den Ausbau des Lothar-Meyer-Gymnasiums zu einer Ganztagschule ein Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 135.000,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.2 - aus dem Kreisausschuss vom 30. April 2008

**TOP 5.2.1 Kreiseigenes Ausbildungsplatzförderungsprogramm des
Landkreises Friesland (WTKF 31.03.2008)
Vorlage: 280/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 zur Kenntnis. - Landrat Ambrosy erklärte, die Beschlussfassung zu diesem Punkt bedeute keinesfalls eine Einschränkung der Aktivitäten zur Ausbildungsplatzförderung/Unterstützung von Jugendlichen. Es habe sich lediglich die Förderlandschaft geändert. Es gehe um die Vermeidung von Doppelsubventionierungen durch dafür bestehende andere Bundes- und Landesprogramme. Der Landkreis wolle sich verstärkt auf seine diesbezüglichen kommunalen Zuständigkeiten konzentrieren.

Der "Runde Tisch für Ausbildung" sowie das in Gründung befindliche Ausbildungsplatzbüro (gemeinsam mit Arbeitsagentur und Stadt Wilhelmshaven) seien Lösungswege, mit denen man den betroffenen Jugendlichen passgenaue Möglichkeiten anbieten könne.

Beschluss:

Der Landkreis Friesland stellt sein Ausbildungsförderungsprogramm ein. Die Verpflichtungen der bereits bewilligten Maßnahmen werden erfüllt. Es werden im Rahmen der weiter bestehenden Programme insbesondere schwer vermittelbare Jugendliche gefördert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.2 Richtlinie des Landkreises Friesland über die Förderung von kleinen Unternehmen (WTKF 31.03.2008)
Vorlage: 292/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 zur Kenntnis und folgte dem Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der der Kreisausschuss-Niederschrift beigefügten Richtlinie des Landkreises Friesland über die Förderung von kleinen Unternehmen wird zugestimmt. Dafür sind bis zu 30.000,00 € aus den Haushaltsansätzen der KMU-Förderung (Hhst. 7910.98700 und 7910.98800) zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.3 Planung der Ausbaustufen im Kindertagesstättenbereich (§§ 24, 24a SGB VIII) für das Jahr 2008 (JugendhilfeA 09.04.2008)
Vorlage: 287/2008**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.3 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 wird verwiesen. Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Die im Jugendhilfeausschuss am 09.04.2008 dargelegten Planungsabsichten werden als Ausbaustufen für das Planungsjahr 2008 beschlossen.

Der Beschluss wird dem Nds. Kultusministerium - Referat Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder - nachrichtlich übersandt.

Zusätzlich soll das Ministerium auf die Dringlichkeit des Kostenersatzes einer dritten Fachkraft in Krippen hingewiesen werden; die gesetzlichen Grundlagen sind entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.4 Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Friesland über die Gewährung von Entschädigungen an Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger im Bereich des Feuerschutzes (BauA 10.04.2008)
Vorlage: 291/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.4 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 zur Kenntnis.

Beschluss:

Der der Kreisausschuss-Niederschrift beigefügten Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreis Friesland über die Gewährung von Entschädigungen an Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger im Bereich des Feuerschutzes wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.5 Verordnung über geschützte Landschaftsbestandteile in der Gemeinde Wangerland (UmweltA 28.04.2008)
Vorlage: 299/2008**

Der Kreistag folgte der Beschlussempfehlung zu TOP 3.1.5 der Kreisausschuss-Sitzung vom 30.04.2008.

Beschluss:

Der der Fachausschuss-Niederschrift als Anlage beigefügten Verordnung über geschützte Landschaftsbestandteile in der Gemeinde Wangerland wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.6 Geplantes Landschaftsschutzgebiet "Wangerland-binnendeichs"
(UmweltA 28.04.2008)
Vorlage: 301/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 zur Kenntnis und folgte der Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Der der Fachausschuss-Niederschrift beigefügten Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Wangerland-binnendeichs“ in der Gemeinde Wangerland wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.7 Auflösung des TBC-Fonds
Vorlage: 302/2008**

Auf TOP 3.1.7 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 wird verwiesen; der Kreistag nahm Kenntnis.

Beschluss:

1. Der TBC-Fonds wird aufgelöst. Die Mittel aus dem Fonds werden in den Abschnitt 4 des Verwaltungshaushalts überführt.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 22. Juni 1987 wird dahingehend erweitert, dass aus der Liquidationsmasse neben Härtefällen im Rahmen der Altenhilfe nach Kapitel 9 SGB XII auch Aufgaben der „Koordinierungsstelle Älter werden“ finanziert werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.2.8 Genehmigung der Haushaltssatzung 2008 des Landkreises
Friesland
Vorlage: 303/2008**

Sh. hierzu die Ausführungen zu TOP 3.1.8 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept wird um die Festlegung ergänzt, dass durch vollständigen Abbau des vorhandenen kumulierten Haushaltsfehls in Höhe von derzeit 18,0 Mio. Euro der Haushaltsausgleich spätestens im Haushaltsjahr 2016 wieder erreicht werden soll. Er soll - über die im Konzept genannten Maßnahmen hinaus - vorwiegend dadurch erreicht werden, dass durch strenge Bewirtschaftung der freiwilligen und Pflichtausgaben und äußerst restriktiven Haushaltsvollzug in den Jahresabschlüssen jeweils gegenüber der Planung erheblich verbesserte Ergebnisse erreicht werden. - **Die Neufassung des Haushaltssicherungskonzeptes nebst Anlagen ist dem Kreisausschuss-Protokoll vom 30.04.2008 beigefügt.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.2.9 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 20.389,00 € Vorlage: 308/2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.9 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 30.04.2008 zur Kenntnis und folgte der Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 20.389 € für die Ausstattung der EDV-Räume der BBS Varel in den Räumlichkeiten an der Arngaster Straße wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.3 - aus dem Kreisausschuss vom 21. Mai 2008

TOP 5.3.1 Vorschläge zur Wahl der Jugendschöffen für die Jahre 2009 bis 2013 (JuhIA 19.05.2008) Vorlage: 309/2008

Auf TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 21. Mai 2008 wird verwiesen. Der Kreistag nahm Kenntnis.

**TOP 5.3.2 Korrekturvorgabe zu Vorgabe 252/2008: Wahl der Schöffen für die
Geschäftsjahre 2009 - 2013 (Benennung von Vertrauenspersonen)
Vorgabe: 317/2008**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 21. Mai 2008 wird verwiesen. Der Kreistag nahm Kenntnis.

Beschluss:

Der Benennung folgender Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen in den Amtsgerichtsbezirken wird zugestimmt:

a) für den Amtsgerichtsbezirk Jever / 4 Vertrauenspersonen

SPD/FDP: 2 Personen

**2. stellv. Landrat Olaf Lies, Sande
Kreistagsabgeordneter Uwe Osterloh, Wangerooge**

CDU: 1 Person

Kreistagsabgeordneter Klaus-Peter Koch, Wangerland

Bündnis 90/DIE GRÜNEN/MMW/Linksbündnis: 1 Person

Herr Reinhold Glaum, Schlachtstraße 15, Jever

b) für den Amtsgerichtsbezirk Varel / 3 Vertrauenspersonen

SPD/FDP: 2 Personen

**Kreistagsabgeordneter Fred Gburreck, Zetel
Kreistagsabgeordneter Bernd Pauluschke, Zetel**

CDU: Kreistagsabgeordnete Elisabeth Onken, Zetel-Neuenburg

**(Die Beschlussempfehlungen der Kreisausschuss-Sitzungen vom 20.02. und
2. April 2008 in dieser Angelegenheit sind damit überarbeitet und ersetzt.)**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.4 - aus dem Kreisausschuss vom 4. Juni 2008

TOP 5.4.1 Regionales Standortmanagement; hier: Gründung der Jade-Wirtschaftsförderungs GmbH (WTKF 02.06.2008); sh .ergänzend auch TOP 3.1.3 KA 2. Juli 2008 Vorlage: 321/2008

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Sitzung vom 04.06.2008 sowie zu TOP 3.1.3 der Kreisausschuss-Sitzung vom 2. Juli 2008 wird verwiesen.

Zu Beginn der Kreistagssitzung hatte Landrat Ambrosy eine ergänzende **Tischvorlage** mit folgendem Wortlaut verteilt:

*"Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,*

der Kreisausschuss hat am 2. Juli 2008 festgestellt, dass er an seinem Beschluss vom 4. Juni 2008 festhält. Er hat ihn jedoch ergänzt, um flexibel auf die neue Sachlage (Verschiebung der Beschlussfassung in der Stadt Wilhelmshaven) reagieren und den eigenen Zeitplan halten zu können.

Es wurde in der Diskussion klargestellt, dass man sich weiter ein Regionales Standortmanagement mit allen vier kommunalen Partnern Wilhelmshaven, Wittmund, Wesermarsch und Friesland wünscht und auch davon ausgeht, dass die Stadt Wilhelmshaven beitrifft. Um einen – möglicherweise – nachträglichen Beitritt zur o.g. Gesellschaft relativ einfach zu gewährleisten, hat die Kreisverwaltung in Ergänzung zur bisherigen Beschlussfassung einen parallelen „Plan B“ vorgeschlagen, der vorsieht, dass der Landkreis Friesland die vorgesehenen 25% Gesellschaftsanteil der Stadt Wilhelmshaven „parkt“ und nach der Beschlussfassung in Wilhelmshaven diesen Anteil an die Stadt verkauft. So könnte die Gesellschaft zügig gegründet werden.

Wie im Protokoll der Sitzung des Kreisausschusses vom 2. Juli 2008 dargestellt, hat der Kreisausschuss aufgrund der aktuellen Entwicklung zum Thema „Regionales Standortmanagement“ daher Folgendes beschlossen:

- 1. Sollte die Stadt Wilhelmshaven sich gegen einen Beitritt zur „Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH“ aussprechen bzw. keine Beschlussfassung bis zum gesetzten Gründungstermin erfolgen, so werden die Landkreise Wesermarsch, Wittmund und Friesland alle weiteren Verfahrensschritte gleichauf weiterführen und auch ohne vierten Partner eine Gesellschaftsgründung zum gesetzten Termin wahrnehmen.*
- 2. Der Landkreis Friesland wird den (vorgesehenen) 25%igen Anteil der Stadt Wilhelmshaven übernehmen und damit über 50% Beteiligung verfügen.*

Sollte wider Erwarten die Stadt Wilhelmshaven einen Beitritt nicht beschließen, so sollte auch ein „kleines“ Regionales Standortmanagement mit den Landkreisen Wittmund, Wesermarsch und Friesland umgesetzt werden, da die Berührungs- und Kooperationsschnittmengen in den Bereichen Tourismus, Luftfahrt, Logistik, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auf der Grundlage der beschlossenen „Strategischen Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-

Raum“ von NIW und NORD/LB diese als sinnvoll erscheinen. Dies ist mit den Landräten der Wesermarsch und Wittmund so besprochen worden.

In diesem Fall würde der Landkreis Friesland 50% und die Landkreise Wittmund und Wesermarsch je 25% der Geschäftsanteile halten. Mehrkosten sollen für diese Lösung für die Landkreise vermieden werden. Das heißt, dass neben den ohnehin anfallenden Personalkosten der vorhandenen Wirtschaftsförderer ein Sachkostenbudget in Höhe von 150.000.- € (anstatt 300.000.- € bei der „großen Lösung“, siehe Vorlage 321/2008) anfallen würde. Die Kostenaufteilung wäre in diesem Falle 60% FRI und je 20% WTM sowie BRA, was den gleichen Kostenanteilen wie bei der Vierer-Lösung entspräche. Diese Aufteilung entspricht auch der jeweiligen Interessenlage und wird von den Kommunen als sachgerecht angesehen. Sobald die Stadt Wilhelmshaven der Gesellschaft (auch ggfl. später) beiträgt, würde sofort wieder der beschlossene „Plan A“ (=Vorlage 321/2008) in Kraft treten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wird gebeten, die Vorlage 321/2008 in der Fassung des Beschlusses des Kreisausschusses vom 4. Juni 2008 und die oben beschriebenen Ergänzungen zu beschließen und die Kreisverwaltung zu ermächtigen, entsprechende Verhandlungen mit den kommunalen Partnern durchzuführen und alle notwendigen Gründungshandlungen vorzunehmen. Die Kreisverwaltung wird gebeten, fortlaufend über den jeweiligen Sachstand zeitnah zu berichten.

Die Hauptverwaltungsbeamten Herr Menzel, Herr Schultz und Herr Höbrink erhalten eine Durchschrift dieser Tischvorlage.

Ich bin der Auffassung, dass durch dieses Vorgehen dieses große, wichtige Wirtschaftsförderprojekt erfolgreich umgesetzt werden kann. Das Regionale Standortmanagement stellt eine Chance dar, die Vorzüge und Leuchttürme unserer Region national und international zu vermarkten. Es geht hierbei um ein völlig neues Vorgehen, so dass es auch keine Konkurrenzen gibt, weil es etwas Vergleichbares noch nicht gibt. Die Wirtschaftsförderungen der beteiligten Kommunen werden die jeweiligen Schnittstellen klären und in ein Gesamtkonzept einbringen."

Landrat Ambrosy führte aus, vor vier Jahren seien die Landkreise Wittmund, Wesermarsch und Friesland sowie die Stadt Wilhelmshaven überein gekommen, interkommunal verstärkt zusammen zu arbeiten. Mittlerweile gebe es über 20 strukturelle, institutionelle Projekte wie im Bereich der Zusammenführung der Abfallwirtschaft, der Gemeinsamen Leitstelle, Kreisvolkshochschulen/ Kreismusikschulen usw.

Nur wenige Regionen praktizierten eine solch umfassende Zusammenarbeit. Letzter Baustein sei das Regionale Standortmarketing. Vor drei Jahren habe man gemeinsam mit NordLB und NIW in einem sehr intensiven Prozess die "Leuchttürme" dieser Region definiert - dies seien vor allem Tourismus, Luftfahrt und die Logistik im Bereich der maritimen Verbundwirtschaft.

Der JadeWeserPort stehe vor seiner Verwirklichung; die Bauarbeiten hätten begonnen. Aktuell verzeichne Friesland eine Arbeitslosenquote von 6,9 %; durch erhebliche gemeinsame Anstrengungen mit der Wirtschaft, den Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer sei die Strukturschwäche im Kreisgebiet zu einem guten Teil überwunden worden. Auf diesem Weg gelte es weiterzumachen.

Aus diesem Grunde werde ein neues Wirtschaftsförderinstrument etabliert. Bisherige Projekte sollen weiterverfolgt werden, man stelle die Aktivitäten jedoch auf eine neue Ebene. Die Wirtschaftsförderungen der kommunalen Nachbarn sollten noch stärker verzahnt werden. Vor allem national und auch international wolle man zukünftig werben und so "auf die Landkarte gelangen". Dies sei bei gestrigem Unternehmerforum des Landkreises Friesland nochmals verdeutlicht worden und werde auch von NIW und NordLB mit Nachdruck vertreten.

Die Jade-Wirtschaftsförderungs GmbH - hierbei handele es sich noch um einen Arbeitstitel - sei dafür der geeignete Rahmen. Es gebe entsprechende Signale aus Wittmund und der Wesermarsch, in diesem Sinne weiter zu verfahren.

Jedem kommunalen Partner müsse die erforderliche Zeit zugestanden werden, um die Dinge in den Gremien eingehend zu beraten und zu diskutieren. Im Kreisausschuss-Protokoll vom 2. Juli 2008 sowie der heutigen Tischvorlage werde neben dem ursprünglichen Beschluss ein sog. Plan B vorgeschlagen: Um voran zu kommen, werde die Verwaltung ermächtigt, den für Wilhelmshaven vorgesehenen Geschäftsanteil ggf. zu "parken", wenn dort bis zum Gründungstermin kein Beschluss gefasst sei oder abschlägig entschieden werde.

Man gewährleiste damit ein flexibles Verfahren im Falle eines späteren Beitrittsbeschlusses Wilhelmshavens. Mit Herrn Oberbürgermeister Menzel sowie den Landräten Höbrink und Schultz sei dieser Weg inhaltlich abgestimmt; von dort werde Zustimmung signalisiert.

Alle Kreistage und der Rat der Stadt Wilhelmshaven seien autark und könnten bei Bedarf Details erörtern und klären. In weiteren Gesprächen müssten klärungsbedürftige Punkte ggf. aufgenommen werden, damit sich jeder der Partner berücksichtigt finde.

Erklärtes Ziel der Hauptverwaltungsbeamten sei es, alle vier Partner in dieses Projekt einzubeziehen. Man sei zuversichtlich, dass dies gelinge.

Wenn wider Erwarten die Stadt Wilhelmshaven außen vor bleibe, bleibe es dabei, die Wirtschaftsförderungen der Landkreise Wittmund, Friesland und Wesermarsch zu verzahnen, da die Schnittmenge der Aufgaben bereits heute sehr groß sei. In den Bereichen Luftfahrt, Landwirtschaft, Tourismus und Logistik biete sich eine Zusammenarbeit sehr an.

Landrat Ambrosy appellierte, sich in der Diskussion dieser Thematik eine gewisse Gelassenheit zu bewahren. Nie zuvor sei man auf dem Gebiet kommunaler Zusammenarbeit so weit vorgestoßen wie derzeit. In den 1990er Jahren habe es zwar zwischen den Gebietskörperschaften grundsätzlich weniger Aufregungen gegeben, allerdings hätten seinerzeit auch sehr viel weniger gemeinsame Projekte bestanden. Heute streite man bei der Verwirklichung von Kooperationen um den richtigen Weg, wie die Region nach vorne gebracht werden könne. Diese Art der sachlichen Auseinandersetzung könne im Interesse der Zielsetzungen nur begrüßt werden und führe letztlich zu guten Ergebnissen. Unterschiedliche bzw. gegensätzliche Interessenlagen der beteiligten Kommunen seien verständlich; man setze jedoch alles daran, auf dem Gesprächswege Konsens zu erzielen. Die

Verwaltung bitte um ein Mandat, auf dem eingeschlagenen Weg fortfahren zu können.

Das operative Geschäft zwischen den vier Wirtschaftsförderern schreite voran. Die öffentliche Diskussion habe auf den Ablauf des Geschäftsganges auf der Fachebene erfreulicherweise keine hemmende Wirkung.

Kreistagsabgeordneter Kammer verdeutlichte, allen Beteiligten sei an einer Zusammenarbeit gelegen, um die Region voran zu bringen. Die CDU-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag der Verwaltung. - Punkt 4.) des Beschlussvorschlages vom 4. Juni 2008 bitte man heute zurückzustellen, um ihn nochmals erörtern zu können.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, die BfB-Fraktion werde der Einrichtung der Jade Wirtschaftsförderungs GmbH zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen. Der Landkreis sei in vielen gemeinsamen Projekten vertreten. Dennoch herrsche in der Öffentlichkeit keine spürbare Atmosphäre der Zusammenarbeit. Die vielen Gesellschaften, in denen der Landkreis vertreten sei, gehörten auf den Prüfstand, bevor neuen beigetreten werde. Man sehe insofern den in Gründung befindlichen 100-köpfigen Ostfriesland-Rat sehr skeptisch.

Letztlich entstehe - auch bei der geplanten Wirtschaftsförderungs-GmbH - ein "Wasserkopf" und viel Bürokratie. Der Aufsichtsrat werde aufgebläht.

Die Vielzahl der Mitgliedschaften und Mitwirkungen in Organisationen sei aus Sicht der Kreistagsabgeordneten kaum noch überschaubar und kontrollierbar. Eine Information aus den jeweiligen Gremien erfolge trotz entsprechender Beschlussfassung des Kreistages nicht.

Ohne Wilhelmshaven mache ein Beitritt zur Jade Wirtschaftsförderungs GmbH überdies keinen Sinn. Die Stadt sei die wesentliche Kern-Kommune dieser Organisation. Insofern sollte auf den Ratsbeschluss der Stadt Wilhelmshaven gewartet werden. Für den Landkreis Friesland gehe es im Falle des Nichtbeitritts Wilhelmshavens letztlich auch um viel Geld. Die BfB-Fraktion sei aber grundsätzlich nicht gegen kommunale Zusammenarbeit und werde sich daher zu diesem Punkt der Stimme enthalten.

Landrat Ambrosy betonte, die kommunale Zusammenarbeit auf vielen Gebieten sei durchaus intakt; es sei aber in der Öffentlichkeit davon oft nichts zu vernehmen, da die Abläufe der einzelnen Gesellschaften reibungslos liefen. - Zwar gebe es vor der Gründung der Gesellschaften Diskussionen; ab Gründungsstermin - Beispiel Veterinäramt JadeWeser - laufe die Arbeit auf der Fachschiene aber in sehr ruhigen, fachlichen Bahnen.

Die Kreisverwaltung berichte überdies regelmäßig über die Arbeit in den örtlichen und überörtlichen Gremien. Landrat Ambrosy verwies auf den ausführlichen Beteiligungsbericht.

Kreistagsabgeordnete Schlieper befürwortete die aktive Fortsetzung des Gründungsprozesses des Regionalen Standortmanagements auf Basis des Verwaltungsvorschlages. Der Landkreis Friesland werde auch weiterhin Motor der Bemühungen bleiben und sich gemeinsam mit den anderen Kommunen für einen Fortschritt in der Sache einsetzen. Ein späterer Beitritt müsse dabei grundsätzlich möglich sein.

Kreistagsabgeordneter Gramberger hinterfragte die Errechnung der Sachkostenaufteilung. Landrat Ambrosy erläuterte die Zahlen.

Beschluss:

a)

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Zurückstellung der Ziff. 4 des Kreisausschuss-Beschlussvorschlages vom 4. Juni 2008

b) Abstimmung über den Gesamt-Beschlussvorschlag - ohne Ziff. 4 des KA-Vorschlages vom 4. Juni 2008 und unter Berücksichtigung der Ausführungen der Tischvorlage vom 9. Juli 2008 (berücksichtigt die ergänzende Beschlussfassung des KA vom 2. Juli 2008):

aa) Beschlussvorschlag aus dem KA vom 4. Juni 2008 entsprechend Vorlage 321/ 2008 ("Plan A")

1. Der weiter entwickelten Organisationsstruktur (Erweiterung des Aufsichtsrates um zusätzliche vier Kreistagsabgeordnete/Ratsmitglieder gemäß geänderter Anlage 1 der Fachausschuss-Niederschrift) und damit der Gründung der Jade Wirtschaftsförderung GmbH (Arbeitstitel) zum voraussichtlich 01.09.2008 wird zugestimmt.
2. Gründungsgesellschafter sind der Landkreis Friesland sowie die Stadt Wilhelmshaven und die Landkreise Wittmund und Wesermarsch.
3. Das Stammkapital beträgt 26.000 Euro und wird zu jeweils 25% an die vier Gesellschafter vergeben.
4. - zurück gestellt -
5. Die operative Arbeit in der Gesellschaft wird für den Landkreis Friesland durch Herrn Frank Schnieder wahrgenommen.
6. Der Kreistag des Landkreises Friesland stimmt dem in der Begründung zu diesem Beschlussvorschlag genannten Budget der Jade-Wirtschaftsförderung GmbH grundsätzlich zu.
7. Der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 6.500 € in 2008 für den zu übernehmenden Gesellschaftsanteil wird zugestimmt.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, einen von der Aufsichtsbehörde akzeptierten Entwurf des Gesellschaftsvertrages zu erstellen.
9. Strategische Entwicklungen und Entscheidungen sind mit den Städten und Gemeinden abzustimmen.

**bb) Zusatz gemäß Tischvorlage für den Kreistag am 9. Juli 2008
("Plan B"); (beinhaltet Beschlussfassung des KA vom 2. Juli 2008)**

Sollte wider Erwarten die Stadt Wilhelmshaven einen Beitritt **nicht** beschließen, so sollte auch ein "kleines" Regionales Standortmanagement mit den Landkreisen Wittmund, Wesermarsch und Friesland umgesetzt werden, da die Berührungs- und Kooperationsschnittmengen in den Bereichen Tourismus, Luftfahrt, Logistik, Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auf der Grundlage der beschlossenen "Strategischen Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-Raum" von NIW und NordLB als sinnvoll erscheinen.

In diesem Fall werden der Landkreis Friesland 50 % und die Landkreise Wittmund und Wesermarsch je 25 % der Geschäftsanteile halten. Mehrkosten sollen für diese Lösung für die Landkreise vermieden werden. Das heißt, dass neben den ohnehin anfallenden Personalkosten der vorhandenen Wirtschaftsförderer ein Sachkostenbudget in Höhe von 150.000 € (anstatt 300.000 € bei der "großen Lösung") anfallen würde. Die Kostenaufteilung wäre in diesem Falle

60 % Landkreis Friesland
und je 20 % für die Landkreise Wittmund und Wesermarsch,

was den gleichen Kostenanteilen wie bei der Vierer-Lösung entspräche.
Diese Aufteilung entspricht der jeweiligen Interessenlage.

Sobald die Stadt Wilhelmshaven der Gesellschaft (ggf. auch später) beitrifft, tritt wieder der beschlossene "Plan A" entsprechend den o. a. Punkten 1. - 3. und 5. - 9. in Kraft.

Punkt 4 des Beschlussvorschlages wird in einer nächsten Sitzung des Kreisausschusses erörtert.

Abstimmungsergebnis:

zu a) mehrheitliche Zustimmung

zu b) mehrheitliche Zustimmung (4 Enthaltungen)

**TOP 5.4.2 Änderung der Richtlinien zum Kreiswettbewerb "Friesland – Unser Dorf hat Zukunft 2008" (WTKF 02.06.2008)
Vorlage: 320/2008**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Juni 2008 zur Kenntnis.

Die Fraktionen benannten die von ihnen entsandten Mitglieder der Bewertungskommission:

SPD/FDP:	1. stv. Landrat Reinhard Onnen- Lübben KTA Michael Ramke
CDU-Fraktion:	KTA Peter Nieraad
Bündnis 90/Die Grünen/MMW/Linksbündnis:	KTA Dirk von Polenz

Beschluss:

Der Durchführung eines Kreiswettbewerbs „*Friesland – Unser Dorf hat Zukunft 2008*“ auf der Grundlage der dem Fachausschuss-Protokoll beigefügten Richtlinien und der Bildung einer Bewertungskommission mit den genannten Kreistagsabgeordneten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.4.3 Richtlinien des Landkreises Friesland über die Gewährung von Zuwendungen zur einzelbetrieblichen Förderung; hier: Ausschluss der Förderung von Pflegeeinrichtungen aus Wirtschaftsförderungsmitteln (WTFK 02.06.2008) Vorlage: 313/2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.3 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 4. Juni 2008 zur Kenntnis.

Beschluss:

Die Liste der von der Förderung ausgeschlossenen Unternehmen in der Richtlinie des Landkreises Friesland zur Förderung von Investitionen in Unternehmen im Rahmen des Fonds für Regionale Entwicklung und dem Schwerpunkt 1 des Regionalisierten Teilbudgets wird erweitert um die Branche der Pflegeeinrichtungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 5.5 - aus dem Kreisausschuss vom 2. Juli 2008

**TOP 5.5.1 Änderung der Behindertenbeauftragtenatzung (SozialA
17.06.2008)
Vorlage: 325/2008**

Der Kreistag nahm die Beschlussempfehlung zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 2. Juli 2008 zur Kenntnis.

Beschluss:

Der **anliegenden** Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Bestellung und Tätigkeit der/des Behindertenbeauftragten des Landkreises Friesland vom 18. Juli 2007 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 5.5.2 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung für den LK Friesland (Abfallentsorgungssatzung) vom 07.07.2003 (UmweltA 30.06.2008)
Vorlage: 323/2008**

- dazu: Ergänzungsantrag der BfB-Fraktion vom 07.07.2008 betr. Appell zur Nutzung der kommunalen Sammelcontainer

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Sitzung vom 2. Juli 2008 zur Kenntnis.

Mit Schreiben vom 7. Juli 2008 hatte die BfB-Fraktion folgenden ergänzenden Antrag gestellt:

"Sehr geehrter Herr Ambrosy,

flankierend zur Einleitung von Schritten zur Einführung einer kommunalen Altpapiertonne (unter TOP 5.5.2 Änderung der Abfallentsorgungssatzung) schlägt die BfB-Fraktion die Verabschiedung folgenden Appells durch den Kreistag am 9.7.08 vor:

„Der Kreistag appelliert an die Bürger des Landkreises, ihr Altpapier bis zur Einführung einer kommunalen Altpapiertonne weiter über die kommunalen Sammelcontainer zu entsorgen, damit der Papiererlös wie bisher der Allgemeinheit zugute kommt und die Abfallgebühren stabilisieren hilft.“

Begründung: Der Erlös aus der kommunalen Altpapiersammlung betrug im Schnitt der letzten Jahre 575.000 €, der Überschuss abzüglich Kosten 220.000 €. Der Erlös

floss in den Abfallgebührenhaushalt und entlastete so die Gebührenzahler. Diese Entlastung fällt mit jedem Kilogramm Papier, das der öffentlichen Sammlung entzogen wird, niedriger aus.

*Freundliche Grüße
Janto Just"*

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, es gehe um die Frage, was bis zur Einführung einer kommunalen Altpapier-Tonne in 2010/2011 geschehe.

Der Kreistag möge daher an die Bürger appellieren, bis zu diesem Zeitpunkt die kommunalen Sammelcontainer zu benutzen, da dann der Papiererlös den Gebührenzahlern zugute komme. Bisher sei die Thematik nur in nichtöffentlichen Ausschusssitzungen behandelt worden; daher sei kein Appell der Kreisgremien an die Öffentlichkeit gelangt. Der Wortlaut könnte auch der textlichen Fassung des Umweltausschusses entsprechen.

Mit einem solchen Aufruf des Kreistages werde dokumentiert, dass man die Verwaltung in ihrem Anliegen unterstütze und sie gegen öffentliche Vorwürfe, die Entwicklung versäumt zu haben, in Schutz nehme. Der Beschluss für ein Sammelcontainer-System habe der Kreistag in 2004 für 6 Jahre gefasst; die derzeitige Rechtslage sei aus damaliger Sicht nicht abzusehen gewesen. Man stehe daher gemeinsam in der Verantwortung.

Kreistagsabgeordneter Harms ergänzte, der Landkreis habe seit Vorliegen des OVG-Urteils nur wenige Informationen und Hinweis an die Bürger heraus gegeben, wie sie sich verhalten sollten. Es bestehe in der Bevölkerung Unklarheit, wo das Altpapier zu entsorgen sei bzw. wo die Sammelcontainer des Landkreises zu finden seien.

Es sei bereits ein Gewöhnungseffekt zur Nutzung der Blauen Tonnenn eingetreten in dem Wissen, möglicherweise später dafür eine höhere Abfallentsorgungsgebühr in Kauf nehmen zu müssen.

Die Kreisverwaltung möge daher einen Flyer verteilen, in dem noch einmal ausdrücklich über die Nutzung der Sammelcontainer und die jeweiligen Standorte aufgeklärt werden sollte. Gerade für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bestehe Informationsbedarf. - Im Umkreis von Jever sammelten nur noch einige wenige Vereine Altpapier. - Eine möglichst kurzfristige Information durch die Verwaltung verhindere, dass die Situation sich noch mehr verfestige.

Kreistagsabgeordneter Etzold erklärte, es müsse den Bürgern die Entscheidung überlassen bleiben, ob sie die Blaue Tonne oder die Sammelcontainer nutzten. Der Landkreis sollte dies nicht beeinflussen, auch wenn dahinter sachliche, finanzielle Gründe stünden.

Landrat Ambrosy teilte mit, die Kreisverwaltung werde bei heutiger Verabschiedung der Änderungssatzung nach den Sommerferien eine Information über Postwurfsendungen und Berichterstattungen vornehmen. Bislang sei dies nur eingeschränkt möglich gewesen, da man sich bis zuletzt in Verhandlungen mit der Fa. Nehlsen befunden und ein Votum des Kreistages für eine kreiseigene Blaue Tonne noch nicht vorgelegen habe.

Die Ausführungen von Herrn Just bestätige er, so der Landrat.

Beschluss:

- a) Gemäß Antrag der BfB-Fraktion vom 7. Juli 2008 beschließt der Kreistag folgenden Appell:

„Der Kreistag appelliert an die Bürger des Landkreises, ihr Altpapier bis zur Einführung einer kommunalen Altpapiertonne weiter über die kommunalen Sammelcontainer zu entsorgen, damit der Papiererlös wie bisher der Allgemeinheit zugute kommt und die Abfallgebühren stabilisieren hilft.“

- b) Der vorgeschlagenen Änderung der Abfallentsorgungssatzung (sh. Anlage zum Umweltausschuss-Protokoll vom 30. Juni 2008) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

zu a)
mehrheitliche Zustimmung (38 Ja-Stimmen)

zu b)
einstimmig

- - - - -

Herr Bürgermeister Lauxtermann war zwischenzeitlich zur Sitzung erschienen. Er hieß den Kreistag willkommen im "Neuenburger Hof" in der Gemeinde Zetel und wünschte der Sitzung einen guten Verlauf.

- - - - -

TOP 5.5.3 Finanzbericht des Landkreises zum 2. Quartal 2008

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.4 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 2. Juli 2008 zur Kenntnis.

TOP 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses war nicht zu berichten.

TOP 7 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 7.1 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 31. März 2008

TOP 7.2 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 7. April 2008

TOP 7.3 Jugendhilfeausschuss vom 9. April 2008

TOP 7.4 Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Straßenverkehr vom 10. April 2008

TOP 7.5 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 28. April 2008

TOP 7.6 Jugendhilfeausschuss vom 19. Mai 2008

TOP 7.7 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 2. Juni 2008

TOP 7.8 Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales vom 17. Juni 2008

TOP 7.9 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 30. Juni 2008

TOP 7.10 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 30. Juni 2008

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 8 Mitteilungen des Landrates

TOP 8.1 Antwort der EWE AG auf die Entschließung des Kreistages vom 27.02.2008 zur neuerlichen Gaspreiserhöhung

Landrat Ambrosy gab auszugsweise das Antwortschreiben des Vorstandsvorsitzenden Dr. Brinker wieder; es ist diesem Protokoll **beigefügt**.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Husemann führte aus, ursprünglich habe die EWE AG signalisiert, alle Bürger gleich zu behandeln, unabhängig davon, ob sie Widerspruch gegen die Preiserhöhungen eingelegt hätten oder nicht. Nun zeichne sich ab, dass die EWE sich teilweise von dieser Zusage zurück ziehe. Viele Bürger aber hätten auf diese Aussage vertraut und auf einen Widerspruch verzichtet. - Über seine Vertretung in den Gremien sollte der Landkreis darauf einwirken, dass die ursprüngliche Zusage weiterhin Bestand habe.

Landrat Ambrosy bezog sich auf ein persönliches Gespräch mit Herrn Dr. Brinker am heutigen Tage. Demnach seien zwei Verfahren zu unterscheiden:

Zum einen gehe es um die Frage der **Rechtmäßigkeit des Preisanstiegs** für Gas. Das Verfahren habe vor zwei Jahren begonnen. Alle bisherigen Verfahren zur Frage der Billigkeit/Unbilligkeit von Erhöhungen habe die EWE gewonnen.

Dabei gehe es um die Klärung, ob über die normalen BGB-Regelungen diese Prozentsätze an die Kunden weitergegeben werden durften und angemessen oder unbillig gewesen seien.

Bezüglich dieser Rechtsstreitigkeiten halte die EWE lt. aktueller Aussage von Herrn Dr. Brinker an ihrem Wort fest. Sollte der Bundesgerichtshof oder ein anderes Gericht rechtskräftig gegen die EWE entscheiden, so werde die EWE alle Bürgerinnen und Bürger - wie zugesagt - gleich behandeln.

Davon zu unterscheiden sei ein neu eingeführtes Rechtsproblem, bei dem nunmehr die **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** Hauptgegenstand seien. Hier gehe es um die Frage, ob die EWE AG **überhaupt** berechtigt sei, Preisanstiege weiterzugeben; die grundsätzliche Entscheidung dazu sei naturgemäß in ihren möglich Konsequenzen wesentlich weitreichender. Sollte die EWE AG in diesem Verfahren unterliegen und die Unwirksamkeit der AGB festgestellt werden, so sei dies gleichbedeutend mit einer akuten Bestandsgefährdung des gesamten Unternehmens. Verständlich sei daher, wenn der Vorstand vor diesem Hintergrund die Urteile abwarten wolle; letztlich sei aus dessen Sicht das Wohl des Unternehmens entscheidend, denn niemand könne ein Interesse an einer Gefährdung der EWE haben.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 8.2 Heinz-Neukäter-Schule; hier: Änderung hinsichtlich der baulichen Maßnahmen

Den Kreistagsmitgliedern war zu Sitzungsbeginn eine Tischvorlage folgenden Inhalts vorgelegt worden:

"Bauliche Erweiterungsmaßnahmen bei der Heinz-Neukäter-Schule in Roffhausen

Der Kreisausschuss des Landkreises Friesland hat in seiner Sitzung am 30.04.2008 beschlossen, dass im Haushaltsjahr 2008 die notwendigen Baumaßnahmen bei der Heinz-Neukäter-Schule in Roffhausen zur Umsetzung des Ganztagschulprogramms durchgeführt werden.

Zu diesen Baumaßnahmen gehört auch ein Werkstattgebäude.

Die Lage dieses Werkstattgebäudes wurde einvernehmlich mit der Heinz-Neukäter-Schule festgelegt.

Damit die Energieflächen auf der Südseite des Werkstattgebäudes besser genutzt werden können (beispielsweise für die Installation von Photovoltaikanlagen), beschloss der Kreisausschuss des Landkreises Friesland ergänzend am 21.05.2008, dass das Werkstattgebäude auf eine „Ost-West-Achse“ gedreht werden soll.

*Hierzu wird auf den **anliegenden Lageplan** verwiesen.*

Die Schulleitung der Heinz-Neukäter-Schule teilte nunmehr mit, dass durch diese Drehung des Gebäudes der Pausenhof, zu dem an dieser Stelle auch ein Spielbereich gehört, nicht mehr optimal genutzt werden kann.

Die Schulleitung beantragt daher, das Werkstattgebäude nicht an dieser Stelle zu platzieren, sondern das Gebäude quasi in Verlängerung zu der vorhandenen Bewegungshalle zu positionieren, sh. den alternativen Standort auf dem anliegenden Lageplan.

Diese neue Lage hätte neben der verbesserten Nutzungsmöglichkeit des Pausenhofes den Vorteil, dass die Umkleideräume in dem Werkstattgebäude für die Zwecke der Bewegungshalle mit genutzt werden können.

Mehrkosten entstehen durch die Verlagerung des Werkstattgebäudes nicht.

Mit den baulichen Erweiterungsmaßnahmen soll in nächster Zeit begonnen werden."

Landrat Ambrosy gab den vorstehenden Sachstand zur Kenntnis. - Kreistagsabgeordneter Harms hinterfragte, ob der Komplex nicht direkt an das alte Gebäude anschlossen werden könne. Man würde eine Außenwand und mögliche undichte Stellen vermeiden; ein Durchgang zur neuen Werkstatt wäre nicht erforderlich.

Auf Nachfrage des Kreistagsabgeordneten Burgenger erklärte Erster Kreisrat Wehnmann, die erwünschte Ost-West-Achse des Gebäudes bleibe auch nach den neuen Planungen beibehalten. - Der von Herrn Harms angesprochene Durchgang zum Bürgerhaus sei ausdrücklicher Wunsch der Schule.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

TOP 9.1 Anträge der Kreistagsabgeordneten Anja Kindo, Linksbündnis Friesland

TOP 9.1.1 - vom 7. April 2008 betr. "Gesenkte Arbeitslosenquote"

TOP 9.1.2 - vom 7. April betr. "Kürzungen der Regelleistungen von Alg. II-BezieherInnen bei Krankenhaus-, Reha- und Kurklinikaufenthalten"

TOP 9.1.3 - vom 7. April 2008 betr. "Kosten der Unterkunft bei Alg. II-BezieherInnen"

Die Antragschreiben nebst Antwort des Job-Centers **liegen an**.

Kreistagsabgeordneter Kammer verwies darauf, Frau Kindo habe Anträge gestellt, für die der Kreistag sachlich nicht zuständig sei. Er empfehle, zukünftig die jeweiligen Schreiben an den/die Antragsteller/in zurückzugeben mit der Bitte, sich an die eigentlich zuständige Stelle zu wenden. Der Kreistag sollte sich im wesentlichen - von Ausnahmen abgesehen - auf seine Aufgaben beschränken.

Frau Kindo erklärte, das Thema der Kosten der Unterkunft betreffe den Landkreis durchaus. Die Arbeitslosenquote sollte darüber hinaus für jedermann von Interesse sein. Bei einer Quote von 6,9 % werde nicht beachtet, welche Personenkreis darin nicht enthalten seien. 1.369 von 7.577 Berechtigten seien trotz Arbeitseinkünften auf ergänzende Leistungen angewiesen. Es werde nicht erwähnt, dass auch Personen aus der Bedarfsberechnung fielen, die z. B. an Maßnahmen teilnahmen. Das Job-Center subventioniere lieber Arbeitgeber über die Bezuschussung von Beschäftigungsverhältnissen anstatt die Gelder nutzbringender zu verwenden. Kosten der Unterkunft und Kosten zum Lebensunterhalt seien durchaus Sache des Landkreises.

Kreistagsabgeordneter Just und 2. stellv. Landrat Lies wiesen die Kritik von Herrn Kammer ebenfalls zurück (Ausfall einer Kreistagssitzung / es sei legitimes Recht alles Kreistagsabgeordneten, Anträge an den Kreistag zu richten).

Kreistagsabgeordneter Koch führte aus, die Erhebung der Arbeitslosenstatistik sei von jeher an bestimmte Vorgaben gebunden, die bestimmte Personenkreise außen vor ließen. Eine Diskussion im Kreistag mache keinen Sinn.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski berichtete über Unmutsäußerungen in der Bevölkerung über die gemeldeten Arbeitslosenzahlen. Die Antwort des Job-Centers enthalte hierzu aber leider keine detaillierten Angaben.

Landrat Ambrosy verwies auf die eindeutige gesetzliche Definition zur Ermittlung der Arbeitslosenquote, die für die Arbeitsagentur bindend sei. Vor 10 Jahre habe die Quote bei über 18 % gelegen; darin seien die Sozialhilfeempfänger nicht enthalten gewesen. Insofern müsse davon ausgegangen werden, dass seinerzeit der reale Wert bei über 20 % gelegen habe. - Wichtig sei es, die Wirtschaft anzukurbeln und

vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen, um weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen.

Kreistagsabgeordneter Zielke ergänzte zum Unterpunkt "Kürzung von Tagegeldern bei Krankenhausaufenthalt", der Verwaltungsaufwand liege höher als die beabsichtigten Einsparungen. Den Einwurf von Herrn Zielke, die Mitarbeiter der Arge würden entgegen der rechtlichen Lage handeln, wies der Landrat zurück. Im Übrigen handele es sich um Geschäfte der laufenden Verwaltung. Man handele nach Recht und Gesetz; (Fehl-)Entscheidungen seien ggf. gerichtlich überprüfbar und korrigierbar.

Ursache der Diskussion sei die Tatsache, dass Hartz IV eine Budgetierung der einzelnen Leistungen vorsehe und die Sozialgerichte wieder auf ein individualisiertes System zusteueren.

Kreistagsabgeordnete Kindo wies darauf hin, das Bundessozialgericht habe im Juni 2008 entschieden, dass eine Anrechnung von Krankenhausleistungen auf den Regelsatz rechtswidrig sei. Das Job-Center praktiziere die Anrechnung trotzdem. Für die Betroffenen gehe es dabei um viel Geld.

Landrat Ambrosy sicherte zu, noch bestehende Fragen von Frau Kindo verwaltungsintern zu klären. Außerdem sei der Verwaltungsrat des Job-Centers bereit, auf fachliche Fragen einzugehen. Er bitte nachdrücklich darum, die Zuständigkeiten und Aufgabenstellungen zu beachten.

Kreistagsabgeordneter Habeck hob die deutliche Senkung der Arbeitslosenquote in den vergangenen Jahren um 11 % und die damit verbundenen Wirkungen für die Wirtschaft hervor; diese Tatsache werde in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9.1.4 - vom 30. April 2008 betr. "Ausbau der K 311 Astederfeld - Tarburg"

Das Antragsschreiben vom 30. April 2008 und der Antwortvermerk des Fachdienstes 25 sind dem Protokoll beigelegt.

Kreistagsabgeordneter von Polenz erklärte, es gehe um Ausbau und Teerung einer Klinkerstraße. Abgesehen von den Kosten und der Fragwürdigkeit einer dauerhaften Verbesserung (Moorboden!) halte die Fraktion es für ungünstig, eine geklinkerte Straße aus dem Landschaftsbild zu entfernen. Diese alten Straßen seien prägend für das Landschaftsbild und dürften nicht unter einer Teerdecke verschwinden. Es gehe letztlich um ein Kulturerbe.

Die Fraktion bitte darum, dieses Projekt nochmal im zuständigen Fachausschuss zu erörtern.

Sh. ergänzend auch die Ausführungen unter TOP 12.2 - Einwohnerfragestunde!

TOP 9.1.5 - vom 19. Juni 2008 betr. "Beschlusskontrolle" durch die Fachausschüsse

Das Antragsschreiben vom 19. Juni 2008 **liegt an**.

Landrat Ambrosy führte aus, es sei ihm kein Fall der letzten Jahre bekannt, in dem nicht eine zeitnahe Umsetzung gefasster Beschlüsse durch die Verwaltung erfolgt sei. Frau Kindo möge ihm konkret benennen, ob es nach ihrer Kenntnis solche Fälle gebe. Mit ihrem Antrag werde die Verwaltung quasi unter "Generalverdacht" gestellt.

Über das Kreistagsinformationssystem "Session" werde die Option "Beschlusskontrolle" demnächst etabliert; sie sei dann ggf. zu bestimmten Tagesordnungspunkten zu vermerken und zu überwachen. - Letztlich jedoch bestehe ein generelles Informationsrecht der Kreistagsabgeordneten zu allen Beschlussfassungen, wie der weitere Verlauf der jeweiligen Verfahren voran schreite. Die Verwaltung sei zu solchen Auskünften auf Anfrage jederzeit bereit.

Über Öffentlichkeitsarbeit und Berichte der Verwaltung in den Fachausschüssen werde zudem über Sachstände von Angelegenheiten informiert. Die Notwendigkeit für eine umfassende Beschlusskontrolle werde von der Verwaltung aufgrund dieser Sachlage nicht gesehen; im Übrigen schaffe man damit ein "bürokratisches Monster" mit enormem Aufwand. Der Kreistag könne sich darauf verlassen, dass die Verwaltung auch zukünftig gefasste Beschlüsse so zeitnah wie möglich umsetze und für Auskünfte jederzeit zur Verfügung stehe.

Frau Kindo erklärte, man habe der Verwaltung mit diesem Antrag keinesfalls etwas unterstellen wollen. Zielrichtung sei vielmehr eine erhöhte Transparenz der Umsetzung von Beschlüssen für den Bürger.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9.1.6 - vom 19. Juni 2008 betr. "Prüfauftrag zur Einrichtung eines Ausbildungsbüros Schule - Beruf"

dazu: Stellungnahme/Antwort der Verwaltung
Vorlage: 341/2008

Das Antragsschreiben vom 19. Juni 2008 **liegt an**.

In der von Herrn Ersten Kreisrat Wehnmann erläuterten Vorlage wird dazu wie folgt Stellung genommen:

"Die Aufgabe, die Jugendlichen aus der Region rechtzeitig über Berufe, Schullaufbahnen, Berufschancen, etc. zu informieren, ist gesetzlich geregelt und ist Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Berufsschulen und Kammern. Weitere Institutionen machen ergänzende Angebote.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u. a.:

- die Ausbildungsinitiative des Landkreises, die versucht, alle ausscheidenden Schülerinnen und Schüler, die noch keine Ausbildungsstelle erlangen

konnten, eine solche zu vermitteln. Das Verfahren im Rahmen eines Bildungsberichtes des Landkreises Friesland wird zur Zeit verfeinert.

- Die Agentur für Arbeit berät Schülerinnen und Schüler der Allgemeinbildenden Schulen und der BBS`en zu bestimmten Terminen über ihre beruflichen Möglichkeiten und deren schulische und sonstigen Voraussetzungen. Es werden ausbildungsbegleitende Hilfen und Umschulungshilfen gewährt.
- Das Job-Center berät Leistungsempfänger gemäß dem „Hartz-IV-Gesetz“.
- Ausbildungsbetriebe in Friesland helfen Schülerinnen und Schüler bei ihrer beruflichen Orientierung. Dies geschieht vor allem durch Praktika, zusätzlich aber auch durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit.
- Beratungslehrer beraten an den Allgemeinbildenden Schulen.
- Es finden Berufsinformationsabende an den BBS`en statt. Zudem gibt es fortlaufende Betreuung und Beratung durch Lehrkräfte, die bei Bedarf inner- und außerschulische Hilfen vermitteln.
- Die Berufsbildende Schule Jever ist Leitstelle der „Region des Lernens“ für den Bereich Friesland.
- In Varel gibt es das so genannte Qualifizierungsnetzwerk, das sich speziell um diese Thematik kümmert.

Der Landkreis Friesland hat vor rund 2 Jahren aufgrund politischer Vorgaben einen „Runden Tisch“ zur beruflichen Aus- und Fortbildung gegründet. Mitglieder sind die örtlichen Akteure aus Wilhelmshaven und Friesland (Stadt Wilhelmshaven, Landkreis Friesland, Agentur für Arbeit, Kammern, Wirtschaftsverbände, Berufsschulen, usw.). Ziel war und ist es, eine bessere Abstimmung interner und externer Prozesse verschiedener regionaler Institutionen zur Verbesserung des Übergangs in die Berufsausbildung, Verbesserung der Struktur der benachteiligten Förderung, Steigerung der Ausbildungsbeteiligung von Migranten, Knüpfung des individuellen Förder- und Unterstützungsbedarfs der Jugendlichen, sozialpädagogische Förderung zu schaffen.

Dazu hat sich der Runde Tisch beim ESF-Bundesprogramm „Perspektive Berufsabschluss“; hier: Förderinitiative 1 – Regionales Übergangsmanagement“ beworben. Träger ist die Volkshochschule Wilhelmshaven, die den Projektzuschlag erhalten hat. Die Projektlaufzeit ist vom 01.04.2008 bis 31.12.2012. Dem Landkreis Friesland entstehen keine Kosten. Das Koordinierungsbüro würde in Wilhelmshaven eingerichtet. Im Rahmen des Übergangsmanagement ist unter anderem folgendes vorgesehen:

- Übergangsmoitoring / kontinuierliches Berichtswesen über alle Bewerber/innen,
- standardisierte Übergabeverfahren und optimierte Beratungsverläufe,
- Systematisierung des verfügbaren Spektrums von Förder- und Unterstützungsangeboten,
- frühzeitige Berufsorientierung,
- systematisches Verfolgen problematischer Bildungsverläufe,
- frühzeitiger Förder- und Berufswegeplanung / Sicherung von Anschlüssen / Intensivierung der Elternarbeit

Darüber hinaus haben sich der Landkreis Friesland, die Stadt Wilhelmshaven sowie die Bundesagentur für Arbeit Wilhelmshaven verständigt, künftig durch einen Lenkungsausschuss dieser 3 Institutionen einschließlich der Kammern und des AWW die strategische Zielfindung für eine Verbesserung der Ausbildungsstruktur in der Region zu beraten und festzulegen. Zudem sollen Projekte initiiert werden, die bestimmte Kompetenzen bei jungen Erwachsenen ausbauen und festigen. Der

Lenkungsausschuss will sich dabei insbesondere der Kompetenzen des Runden Tisches bedienen.

Auf der Arbeitsebene wird sich zudem die BA Wilhelmshaven einbringen. Sie sieht insbesondere bei der Berufsorientierung einen entscheidenden Ansatz, aber auch vielfältige Initiativen und Projekte in der Region.

Außerdem wurde das Kooperationsprojekt „Zukunft Nordwest“ gestartet. Das Projekt ist ein Strukturprogramm zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Wilhelmshaven und Friesland. Kooperationspartner sind das Bildungsnetzwerk der Nds. Wirtschaft GmbH und der Allgemeine Wirtschaftsverband. Das Projektziel ist die Aktivierung und Sensibilisierung aller in der Region tätigen Betriebe und Zielbranchen auf ihre tatsächlichen ungeplanten Ausbildungskapazitäten zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Region. Projektbeginn war Februar 2008. Hierzu ist auch von der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland eine Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben worden. Abschließend ist auf die Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 31.03.2008 verwiesen.

Da das Thema Ausbildung und Qualifizierung auch ein Schwerpunktthema des im Aufbau befindlichen Regionalmanagements ist, soll interkommunal über diese Schiene eine weitere inhaltliche auch auch finanzielle Begleitung und Stützung erfolgen."

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9.1.7 - vom 19. Juni 2008 betr. Gewährung von Beihilfen zur Beschaffung von Schulmaterialien für Kinder von Alg. II-Empfängern/-innen

Das Schreiben vom 19. Juni 2008 **liegt an**.

Erster Kreisrat Wehnemann verwies auf die Beschlussfassung der Gremien für eine Mittelbereitstellung im Schuljahr 2007/2008. Die Gelder seien entsprechend an die Schulen verteilt worden. Es seien aus dem vergangenen Jahr noch Mittel bei den Schulen vorhanden. Der Schulausschuss habe in seiner Sitzung am 30. Juni 2008 von diesem Sachstand Kenntnis genommen (sh. auch KA 2. Juli 2008) und auf Empfehlung der Verwaltung zugestimmt, die Mittelgewährung auch im Schuljahr 2008/2009 fortzusetzen.

Den Bedarf für die beantragte Erhöhung des jeweiligen Zuschussbetrages sehe die Verwaltung nicht, da aus dem abgelaufenen Schuljahr noch rd. 10.000 € verfügbar seien zuzüglich der gesamten Mittel des Haushaltes 2008.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9.1.8 - vom 19. Juni 2008 betr. "Bundesmodell 'HaLT' - Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen"

**- dazu: Stellungnahme/Antwort der Verwaltung / Vorlage 342/2008
Vorlage: 342/2008**

Das Schreiben des Linksbündnisses Friesland vom 19. Juni 2008 liegt an.

Im Rahmen ihrer Vorlage hat die Kreisverwaltung dazu wie folgt Stellung genommen:

"Der Landkreis Friesland hat bereits in den vergangenen Jahren auf die zunehmende Problematik des Alkoholkonsums und Alkoholmissbrauchs durch Kinder und Jugendliche auch im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Friesland reagiert.

Da der Alkoholmissbrauch vermehrt im öffentlichen Raum auf Schulhöfen, Spielplätzen und Parks und auch am Rande von Volksfesten und sonstigen Großveranstaltungen festzustellen ist, hat sich die Jugendpflege des Landkreises Friesland die Prävention und Kontrolle für diese Bereiche als zentralen Aufgabenschwerpunkt in den Jahren 2007 und 2008 gesetzt.

2007 wurden neben den üblichen Diskothekenkontrollen auch erstmalig Kontrollen auf dem Kramermarkt in Heidmühle, dem Altstadtfest in Jever und auf dem Zeteler Markt durchgeführt. Diese Maßnahmen wurden als präventive Jugendschutzmaßnahmen konzipiert. Neben der guten Zusammenarbeit mit den Schaustellern, den Gemeinden sowie den Schulen konnte die präventiven Jugendschutzmaßnahmen offensiv auch durch umfangreiche Pressearbeit vor- und nachbereitet werden.

Mit jeder weiteren Kontrolle auf den Märkten zeigte sich der Erfolg der präventiven Maßnahmen. Die Akzeptanz für die Notwendigkeit der Kontrollen war bei den Jugendlichen hoch und es gab durchweg positive Reaktionen. Insgesamt konnte die Tendenz festgestellt werden, dass von Kontrolle zu Kontrolle die Aufgriffe abnahmen.

Für 2008 wird diese Form der Suchtprävention in Bezug auf Konsum alkoholischer Getränke bei Minderjährigen in ähnlichem Umfang fortgesetzt. Schwerpunkt ist hierbei jedoch die Kontrolle sogenannter Brennpunkte. Es hat sich vermehrt herausgestellt, dass sich Jugendliche auch im öffentlichen Raum auf Schulhöfen, Spielplätze und Parks am Abend und Wochenende treffen und hierbei in erheblichem Umfang Alkohol konsumieren.

Die Kreisjugendpflege des Landkreises Friesland hat sich bereits in den Jahren vor 2007 ebenfalls umfangreich mit der Prävention zum Alkoholmissbrauch beschäftigt. So gab es in der Vergangenheit die Beteiligung an dem landkreisübergreifenden Suchtpräventionsprojekt „Mambo Mortale“. Darüberhinaus gibt es Fortbildungen für Ehrenamtliche in der Vereins- und Verbandsarbeit sowie auch in der offenen Jugendarbeit zu dem Thema. Auch hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der offenen Jugendarbeit werden zu diesem Thema fortgebildet. Ein runder Tisch mit den Diskothekenbetreibern wurde durchgeführt, ebenso Elternabende und Suchtpräventionsprojekte an Schulen.

Die zukünftigen Maßnahmen des Landkreises Friesland der Suchtprävention in Bezug auf den Konsum von alkoholischen Getränken bei Minderjährigen wurden bereits in der Vorlage 191/2007 beispielhaft skizziert. Die Kreisjugendpflege hat inzwischen den Auftrag erhalten, eine Konzeption zu erarbeiten.

Die Anregungen aus dem Antrag der Partei „Die Linke. Kreisverband Friesland“ werden bei der Erarbeitung der Konzeption in die Prüfung mit einbezogen.“

Erster Kreisrat Wehnmann erklärte, es werde deutlich, dass sich der Landkreis Friesland der Thematik der Alkoholprävention bei Jugendlichen bereits intensiv annehme; der Jugendhilfeausschuss habe darüber mehrfach beraten. Die mit Gemeinden und Polizei durchgeführten Alkoholkontrollen zeigten Erfolge.

Man werde versuchen, im Rahmen der Überarbeitung des bestehenden Konzeptes an Fördermittel aus dem Bundesmodell HaLT zu gelangen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9.2 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28. Mai 2008 betr. Teilnahme am ESF-Programm zur Senkung der Schulabbrecherquote

Das Schreiben der CDU-Kreistagsfraktion vom 28. Mai 2008 **liegt an**.

Erster Kreisrat Wehnmann erklärte, mit dem Thema "Schulabbrecher/ Schulverweigerer" habe man sich bereits öfteren befasst. In 2004 sei man durch eine Quote von 10 - 15 % an Schulverweigerern bzw. -abbrechern ohne Abschluss aufgeschreckt worden. Man habe seinerzeit dargestellt, dass diese Zahl differenziert zu betrachten sei. Die Kreisverwaltung habe in 2006 versucht, in ein Bundesprogramm aufgenommen zu werden. Dafür müsse der Bestand an Schulverweigerern nachgewiesen und die Mitwirkung der Schulen gewährleistet sein.

Über die Schulaufsichtsbehörde habe man damals nachfragen lassen, wieviele Schulverweigerer tatsächlich an den einzelnen Schulen vorhanden seien. Tatsächlich seien nur 6 Fälle gemeldet worden; aufgrund dieser geringen Anzahl habe man die Antragstellung mangels Aussicht auf Erfolg nicht weiter verfolgt .

Das Programm sei zwischenzeitlich in eine zweite Phase eingetreten. Anfang Juni 2008 habe der Landkreis Friesland eine entsprechende Ausschreibung erhalten; die Anmeldefrist endete Ende Juni 2008. Erneut habe man über die Schulaufsichtsbehörde eine Umfrage hinsichtlich Schulverweigerern/-abbrechern durchgeführt. 10 Fälle seien im ersten, 20 Fälle in einem zweiten Durchgang mitgeteilt worden.

Im Schulamt des Landkreises seien durchschnittlich allerdings 60 Schüler/innen mit Ordnungswidrigkeitenverfahren gemeldet. Da die Zahlen sehr differierten, habe man sich entschlossen, einen Antrag auf Teilnahme am Förderprogramm und auf Gewährung von Fördermitteln zu stellen. Man hoffe dabei auf die Unterstützung der Bundestagsabgeordneten. Bei Aufnahme in das Programm lasse sich das Thema noch intensiver als bisher verfolgen.

Ein sehr gutes Beispiel für die Arbeit mit Schulverweigerern sei das in der vergangenen Woche präsentierte Ergebnis einer Abschlussklasse an der Hauptschule Schortens. Das Projekt laute "Abschlussquote erhöhen". U. a. Schulverweigerer hätten mit Hilfe dieser Maßnahme ihren Hauptschulabschluss absolviert und seien teilweise auch in Ausbildungsverhältnisse gelangt. Es seien also durchaus Erfolge erzielbar.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

TOP 9.3 Antrag der BfB-Fraktion vom 25.06.2008 auf Aussprache/Meinungsbildung zum Thema "EWE- Gaspreiserhöhung / OLG-Verfahren"

Das Schreiben vom 25.06.2008 liegt an.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, es gehe der Fraktion um Klarstellungen zu drei Punkten:

zu 1.:

Die Einhaltung des EWE-Versprechens:

Sollte die EWE hinsichtlich der Gaspreiserhöhungen höchststrichterlich unterliegen, so würden alle Kunden gleichgestellt. Schriftlich sei dieses Versprechen 2006 an alle Haushalte verteilt worden. Viele Verbraucher/innen, Unternehmen und Kommunen hätten auf der Basis dieser Zusage von einem Widerspruch abgesehen.

Herr Funke habe seinerzeit auch im Kreistag von einer entsprechenden Zusicherung der EWE gesprochen.

Keineswegs sei seitens der EWE eine Beschränkung dieses Versprechens auf bestimmte entscheidungsrelevante Gründe erfolgt.

Eine neue Klage-/Verfahrenswelle, wie der Landrat sie heute dargestellt habe, gebe es nicht. Es gehe noch immer um die erste Sammelklage aus dem Jahre 2005. Parallel dazu laufe eine weitere Sammelklage in Ostfriesland. - Darin seien die Preiserhöhungen angefochten worden. Eine Argumentation in diesem Verfahren sei die Unbilligkeit nach § 315 BGB, eine andere ziele auf die Grundsatzfrage nach dem Preiserhöhungsrecht der EWE.

Vor dem Landgericht habe die EWE dieses Verfahren gewonnen, da aus Sicht des Gerichtes keine Unbilligkeit der Preiserhöhungen gegeben gewesen sei. Auf der Ebene des Oberlandesgerichts befasse man sich in erster Linie mit der Frage der Transparenz der Preisanpassungsklausel. Insofern habe Herr Dr. Brinker sich seinerzeit mit seinem Versprechen übernommen.

In den Überschriften der Pressemitteilungen dieser Tage sei davon die Rede, die EWE halte ihr Wort. Dies sei aber offensichtlich nicht der Fall. Herr Dr. Brinker habe das seinerzeit gegebene Versprechen gegenüber der Bevölkerung zu vertreten; sie müsse sich getäuscht fühlen.

Über eine Klarstellung von Herrn Dr. Brinker habe der Landrat bereits unter TOP 8.1 berichtet.

zu 2.:

In der Entschließung des Kreistages vom 27. Februar 2008 sei die Forderung nach einer transparenten Preisanpassungsklausel enthalten gewesen. Für die Kunden sei nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen die Preise zu welchem Zeitpunkt erhöht oder auch gesenkt werden müssten. Es stehe ihnen ein entsprechendes Auskunftsrecht zu wie beispielsweise in einem Mietverhältnis.

Auf diesen Kern der Resolution habe Herr Dr. Brinker in seinem Schreiben nicht geantwortet.

zu 3.:

Da zwischen Landkreis und EWE ebenfalls ein Vertrag bestehe, der keine transparente Preisanpassungsklausel enthalte, sollte der Landkreis der jetzt angekündigten Gaspreiserhöhung widersprechen. Dabei sollte wie in der Resolution vom 27.02.2008 ausdrücklich Preistransparenz eingefordert werden, um nachrechnen zu können, wann eine Erhöhung berechtigt bzw. wann eine Senkung angebracht sei. Bis hierzu keine Klärung erfolgt sei, solle der Landkreis Gaspreiserhöhungen nicht anerkennen.

Kreistagsabgeordneter Burgenger befürwortete den Wunsch nach mehr Transparenz. Herr Dr. Brinker habe in der Vergangenheit stets signalisiert, die Preiserhöhungen für alle Kunden rückgängig zu machen, wenn eine Unbilligkeit vor Gericht festgestellt werde. - Man dürfe den Menschen jedoch nicht den Eindruck vermitteln, die Energiepreise würden irgendwann einmal wieder sinken. Im Gegenteil müsse man sich auf extreme weitere Preissteigerungen auf dem Energiesektor einstellen.

Landrat Ambrosy verwies darauf, die Preisgestaltung der EWE sei allein Zuständigkeit des Vorstands. Niemand bestreite die hohe Belastung durch Energiekosten; Beschlüsse des Landkreises Friesland könnten hieran jedoch nichts ändern. Ausschlag gebend sei die Situation auf den Weltmärkten.

Die EWE habe eine vergleichbare Position wie die Endverbraucher, da sie lediglich die Energiemengen einkaufe und entsprechend zu zahlen habe.

Im Übrigen verweise er auf die aktuellen Aussagen von Herrn Dr. Brinker.

Da alle Kunden lt. Herrn Dr. Brinker im Billigkeits-/Unbilligkeitsverfahren gleich gestellt würden, erübrige sich für den Landkreis Friesland eine Widerspruchserhebung.

Kreistagsabgeordneter Just bat um Abstimmung über seinen Antrag auf Erhebung des Widerspruchs gegen die Preiserhöhung zum 01.08.2008 und Zahlungsvorbehalt.

Kreistagsvorsitzender Lahl verwies auf die erforderliche Vorbereitung eines entsprechenden Beschlusses durch den **Kreisausschuss**; man werde den Punkt dort auf die Tagesordnung setzen

TOP 9.4 Eilantrag der SPD/FDP auf Berichterstattung der unteren Naturschutzbehörde betr. Abholzung im Upjeverschen Forst

Mit Schreiben vom 6. Juli 2008 hatte die SPD/FDP-Gruppe einen Eilantrag zur Berichterstattung der Verwaltung über die geplante Abholzaktion im Upjeverschen Forst gestellt.

Kreistagsabgeordnete Schlieper erklärte, bislang sei nicht plausibel, aus welchen rechtlichen bzw. fachlichen Notwendigkeiten heraus eine großflächige Abholzungsaktion im Upjeverschen Forst erfolgen solle. Die Art der Abwicklung des Verfahrens und der Stil im Umgang lasse öffentlichen Protest aufkommen. Man warte auf Informationen.

Nach wie vor müsse das Landen von Flugzeugen in Upjever möglich sein. Nur eine sachgerechte, geringstmögliche Abholzung sei bei ausreichender und nachvollziehbarer Begründung der Maßnahmen denkbar. Es gehe nicht an, eine 30 ha-Abholzungsaktion in einem ausgewiesenen FFH-Gebiet durchzuführen. Die Kreisverwaltung werde um Mitteilung der vorliegenden Informationen gebeten. Ggf. müsse der Kreistag entsprechende Aufklärung seitens der beteiligten Stellen einfordern.

Landrat Ambrosy teilte mit, die Angelegenheit sei in der Tat dringlich, nachdem es am Mittwoch der vergangenen Woche neue Informationen gegeben habe. Der Landkreis Friesland sei von der Wehrbereichsverwaltung am 4. Februar und 18. März 2008 erstmals über geplante Maßnahmen im Forst Upjever unter dem Betreff "Beseitigung von Flughindernissen im Bereich der Einflugschneise Richtung Schortens" informiert worden. Als Begründung sei die Anwendung von Verfahrensregeln gemäß IACO genannt worden, die international gültig seien.

Anlässlich einer Besprechung auf dem Fliegerhorst Upjever am 6. Mai 2008 habe Herr Tuinmann als Vertreter der unteren Naturschutzbehörde darauf hingewiesen, dass mit der Planung der Wehrbereichsverwaltung massiv in Altholzbestände (rd. 200 Jahre) des Forstes Upjever eingegriffen würde. Insbesondere habe Herr Tuinmann auf die Existenz eines Gebietes nach der FFH-Richtlinie der EU verwiesen. Diese Tatsache sei weder der Wehrbereichsverwaltung noch einer sonstigen Dienststelle der Bundeswehr bekannt gewesen.

Daraufhin verabredeten sich die Teilnehmer der Besprechung, sich noch einmal eingehend mit der Thematik zu beschäftigen. Der Landkreis sei insofern von den weiteren Ereignissen überrascht worden, als man davon ausgegangen sei, dass man in einem weiteren Gespräch erörtere, wie das Verfahren geregelt werden könne.

Grundsätzlich beabsichtige der Bund, im Bereich des Altholzbestandes die Höhe der Bäume auf 5 - 20 m zu reduzieren. Da dies weder technisch möglich noch fachlich zu vertreten sei, müsse von Seiten der unteren Naturschutzbehörde von einer Beseitigung von Wald auf rd. 20 ha und von Altholz auf rd. 10 ha ausgegangen werden.

Die Altholzbestände befänden sich im FFH-Gebiet. Es handele sich um einen Teil des Gebietes 184; es liege eine EU-Kennzeichnung vor. Die Listung des Gebietes sei in einer Entscheidung der EU-Kommission vom 12.11.2007 getroffen worden;

damit sei hier europäisches Umweltrecht maßgebend. Die Entscheidung sei im Amtsblatt der EU vom 15.01.2008 veröffentlicht worden und damit bestandskräftig.

Die vollständigen Gebietsdaten mit Stand vom März 2008 sagten aus, dass es sich bei dem Gebiet Upjever um mesophilen Eichenmischwald, mesophile und bodensaure Buchenwälder sowie um bodensaure Eichenwälder handele. Die Schutzwürdigkeit bestehe in der Verbesserung der Repräsentanz von Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwäldern und bodensauren und mesophilen Buchenwäldern in der naturräumlichen Einheit der ostfriesischen Geest.

Vor Durchführung des Vorhabens sei nach § 34 Abs. 1 a Bundesnaturschutzgesetz eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Kreisverwaltung gehe davon aus, dass die Wehrbereichsverwaltung hierfür zuständig sei unter der Voraussetzung, dass diese auch für die Planung, Zulassung etc. des Vorhabens zuständig sei. Von einer mindestens Benehmensherstellung mit dem Landkreis Friesland gehe die Kreisverwaltung aus.

Die untere Naturschutzbehörde prüfe derzeit auch, ob es sich bei dieser beantragten Maßnahme evtl. um eine Waldumwandlung nach dem Nds. Landeswaldgesetz handele. Dann wäre der Landkreis Friesland zuständig.

Nach den Bestimmungen des § 34 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz sei das Vorhaben unzulässig, wenn die Verträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis komme, dass das Projekt zu erheblichen Beeinträchtigungen führe. Eine Abweichung sei überhaupt nur dann möglich, wenn das Projekt aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art notwendig sei **und** zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen zu erreichen, nicht gegeben seien. - Es müsse also eine Alternativplanung vorgelegt werden bzw. bewiesen werden, dass es keine Alternativen gebe. Und es müsse Ausgleich geschaffen werden, sog. Kohärenzzonen. Dies kenne man analog aus der Problematik des Rohrdommel-Schutzes bei der Verwirklichung des JadeWeserPorts.

Es gehe dabei um sehr umfassende und zeitaufwändige Verfahren. Der Landkreis Friesland sei erfreut darüber, dass sich die Parteien des Problems "Abholzungen im Upjeverschen Forst" angenommen hätten und die Haltung der Bundeswehr gegenüber nochmals verdeutlicht worden sei.

Kohärenzmaßnahmen seien im Falle der Durchführung der Planung aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde zwingend erforderlich. Eine Verwirklichung der Planungen sei gleichbedeutend mit erheblichen Beeinträchtigungen, so dass alternative Wege der Umsetzung bzw. eine deutliche Reduzierung der Maßnahmen angestrebt werden müssten.

Kohärenzmaßnahmen seien mit hohen Ansprüchen verbunden. Die Zeiträume für solche Ersatzmaßnahmen seien dabei auch von Bedeutung. Es werde deutlich, dass hohe Schutzgüter betroffen seien und es um ein schwieriges Verfahren gehe. Die Bundeswehr als Antragsteller müsse sich wie jeder andere den Regelungen unterwerfen, so dass die Kreisverwaltung weiter laufend aus dem Verfahren berichten werde. Planungsschritte und das Antragsverfahren werde der Landkreis anmahnen und begleiten.

Kreistagsabgeordneter Kammer teilte mit, die Wehrbereichsverwaltung Nord in Hannover habe nach seinen Informationen zurzeit alle Überlegungen zur

Weiterarbeit an den angekündigten Maßnahmen gestoppt. Man habe die Angelegenheit nach Bonn bzw. Berlin an das Bundesverteidigungsministerium abgegeben und warte die weiteren Maßnahmen ab. Eine entsprechende Mitteilung sei heute an Frau Bürgermeisterin Dankwardt und Herrn Bürgermeister Böhling ergangen. An der Projektierung werde zurzeit nicht weiter gearbeitet. Der öffentliche Aufstand habe erfreulicherweise Wirkung gezeigt. Gleichwohl müsse man an diesem Thema bleiben, denn die Einstellung des Bundesverteidigungsministeriums sei nicht bekannt. Insgesamt sei man jedoch auf einem guten Wege.

Kreistagsabgeordneter Harms erinnerte an die Zeiten der Auflösung des Jagdbombergeschwaders 38 in Upjever. Auch seinerzeit habe die Information der Öffentlichkeit gefehlt. Auch jetzt hätten die meisten Menschen über die geplante Abholzaktion über die Zeitung erfahren; der Aufschrei sei groß geworden. Die Erhaltung der Natur stehe im Vordergrund.

Zwar seien im Vorfeld Maßnahmen im Bereich des Flugplatzes Wittmundhafen bekannt geworden, wo der Sicherheitsbereich für den Einsatz des Eurofighters erweitert werden solle. - Für den Flugplatz Upjever, wo ein Flugbetrieb kaum noch stattfindet, sei die Rodung von rd. 30 ha Waldfläche aber unerwartet und nicht nachvollziehbar. Jever sei staatlich anerkannter Erholungsort, für die Stadt Schortens sei der Wald als Naherholungsort ebenfalls von großer Bedeutung.

Kurzfristig müsse geklärt werden, ob die Bundeswehr ihre Planungen tatsächlich umsetzen werde. Wenn der Bund sich dafür entscheide, werde man vor Ort die Dinge letztlich hinnehmen müsse. Für die Region wäre eine solche Entwicklung sehr bedauerlich. Es gelte wachsam zu bleiben und die Umsetzung der Planungen zu verhindern.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Janßen verwies auf das Fachgespräch der beteiligten Behörden am 6. Mai 2008. Es habe Zeit genug bestanden, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und die Angelegenheit im Umweltausschuss zu behandeln.

Kreistagsabgeordneter Lahl stellte fest, sofern das Verfahren weiter verfolgt werde, sei der Landkreis eingebunden und werde über den Fortgang in der Sache berichten.

Landrat Ambrosy erklärte, die untere Naturschutzbehörde sei in Gespräche eingebunden worden, ohne dass ihr ein formeller Antrag vorgelegen habe. Es gebe noch kein formelles Antragsverfahren. Im Mai 2008 sei man davon ausgegangen, dass mit den Informationen gegenüber der Wehrbereichsverwaltung ein Weg aufgezeigt worden sei. Der Bund habe dies offensichtlich anders bewertet und gehe davon aus, dass sich das Verfahren relativ einfach abwickeln lasse.

Die Verwaltung habe bislang keinen Anlass gesehen, den Umweltausschuss einzubeziehen, da es noch kein offizielles Antragsverfahren gebe. Es handele sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung; bei Abgabe einer offiziellen Stellungnahme des Landkreises würden natürlich die Gremien entsprechend informiert. Soweit sei die Angelegenheit allerdings noch nicht gediehen.

Kreistagsabgeordneter Burgenger dankte abschließend Herrn Kreistags- und Bundestagsabgeordneten Kammer für seinen Einsatz in dieser Angelegenheit.

TOP 10 Anfragen nach § 11 GO

TOP 10.1 Ergänzende Anfrage Frau Anja Kindo vom 20. Mai 2008 betr. "Einladungspraxis der Arge" (Nachfrage zum ursprünglichen Schreiben vom 19. Februar 2008)

Der Kreistag nahm das **beigefügte** Schreiben der Kreistagsabgeordneten Kindo sowie das Antwortschreiben der Geschäftsführerin Frau Giss, Job-Center Friesland, zur Kenntnis.

TOP 11 Anregungen und Beschwerden

Keine.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

TOP 12.1 Frau Dr. Eickelberg, Schortens: EWE AG/Gaspreise pp.

Frau Dr. Eickelberg stellte sich als Vertreterin der Schortenser Gas- und Strompreisinitiative vor. Sie verlas folgende Fragestellungen:

1.

Die EWE will den Gaspreis zum 1. August 2008 um weitere 17,3 % erhöhen. Die Erhöhungen seit August 2004 von damals 3,48 Cent auf nun 6,44 Cent je Kilowattstunde summerieren sich mittlerweile auf 85 %. Was haben die Vertreter des Landkreises Friesland im EWE-Verband und im EWE-Aufsichtsrat gegen diese Preissteigerungen unternommen?

Landrat Ambrosy antwortete, es habe in den Gremien der EWE interne intensive Diskussionen gegeben, um die Preiserhöhungen zu gering wie möglich zu gestalten. Fakt sei jedoch: Den Weltmarkt könne man nicht verändern.

Keines der Verbandsmitglieder habe Einflussmöglichkeiten auf die Preisgestaltung; dies sei alleiniges Recht des Vorstandes. Entsprechend habe man bereits mehrfach informiert. Nach dem Aktienrecht müsse der Vorstand alles unternehmen, was Schaden von der Aktiengesellschaft abwende. Wenn Preise auf dem Weltmarkt sich so entwickelten, dass eine Weitergabe an die Kunden erforderlich werde, so müsse der Vorstand entsprechend handeln, wenn er sich nicht haftbar machen wolle.

Diese Situation erscheine zwar unbefriedigend, sei aber Fakt und gelte bundesweit für alle Unternehmen in dieser Rechtskonstellation.

2.

Der Kreistag hat sich in seiner Resolution vom 27.02.2008 dafür ausgesprochen, dass die EWE die Angemessenheit von Preisveränderungen überprüfbar und nachrechenbar macht. Was haben die Vertreter des Landkreises in den EWE-Gremien unternommen, um der Forderung nach einer für die Kunden transparenten

Preisanpassungsklausel, die jetzt auch vom OLG Oldenburg erhoben wird, Nachdruck zu verleihen?

Der Kreis, so der Landrat, habe sich um eine transparente Informationspolitik bemüht. Mehrfach habe Herr Dr. Brinker dazu Stellung genommen und verdeutlicht, dass eine Veröffentlichung der Preisberechnungsklausel einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für die EWE AG nach sich ziehen würde. Kein Konzern könne so verfahren.

Herr Dr. Brinker sei aber bereit, in nichtöffentlicher Kreisausschuss-Sitzung bzw. nichtöffentlicher Sitzung mit Kreistagen - er habe dies mehrfach getan - Informationen zu geben. In der letzten Veranstaltung dieser Art in Westerstede sei nicht von seinem Angebot Gebrauch gemacht worden, in das entsprechende Vertragswerk Einsicht zu nehmen.

Das Problem liege darin, dass viele den Ausführungen der EWE letztlich nicht glaubten und ihr statt dessen Intransparenz unterstellten. Herr Dr. Brinker stehe immer für Informationen zur Verfügung, es gehe jedoch nicht an, potenzielle Mitbewerber der EWE über die Öffentlichkeit zu Modalitäten der Preisanpassung zu informieren. Verdrängungswettbewerbe wären die Folge.

Frau Dr. Eickelberg hinterfragte ergänzend das Engagement der EWE AG in einen Fernsehsender sowie das Sponsoring des Unternehmens in Höhe von 15 Mio.; auch diese Aktivitäten seien ein Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger.

Landrat Ambrosy erklärte, die EWE AG betätige sich auf einem möglichst breiten Geschäftsfeld. Hierdurch sichere das Unternehmen in erheblichem Maße die Energiepreise. Eine Kritik an der Ausweitung des Geschäftsfeldes der EWE sei insofern nicht sachgerecht; es gehe unter dem Strich um das positive Ergebnis in der Gesamtbilanz. Aufgrund dieses vorausschauenden Verhaltens des Vorstandes sei es möglich, Preiserhöhungen abzufedern und nicht vollkommen auf die Kunden übertragen zu müssen.

In der Gesamtdiskussion werde überdies vergessen, dass man im Bereich der EWE über eines der besten Stromnetze in der BRD und über ein sehr gutes Gasversorgungsnetz verfüge und immer noch zu den bundesweit günstigsten Versorgern gehöre.

3.

Was hat die EWE auf die Kreistagsresolution vom 27.02.2008 bezüglich der fünften Gaspreiserhöhung zum 01.04.2008 geantwortet? Musste es bis Juli dauern, bis die interessierte Öffentlichkeit über den Inhalt des EWE-Antwortschreibens unterrichtet wird? Wird dieses Antwortschreiben der EWE auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Landrat Ambrosy erklärte, er habe die Antwort heute in öffentlicher Sitzung verlesen; sie werde dem Protokoll beigelegt. Damit sei die Angelegenheit öffentlich gemacht.

TOP 12.2 Herr Udo Koopmann, Astederfeld: K 311 Astederfeld - Tarborg

Herr Koopmann regte an, Kreistagssitzungen auf 16.00 Uhr zu verlegen, um die Öffentlichkeit für Berufstätige besser zu gewährleisten.

Herr Koopmann dankte dafür, dass die Angelegenheit K 311 Astederfeld - Tarborg an den Fachausschuss verwiesen worden sei. Er sei Anlieger dieser Straße und bitte die Ausschussmitglieder, sich den Streckenabschnitt vor Ort anzuschauen.

Landrat Ambrosy bot an, Herrn Koopmann die Stellungnahme des Fachdienstes 25 in dieser Angelegenheit zukommen zu lassen (ist zwischenzeitlich geschehen). Vor einer Beschlussfassung des Kreistages seien zunächst Fachausschuss und Kreisausschuss zu beteiligen. Wenn der Fachausschuss dies genauso sehe, sei man gerne bereit, nochmals eine Ortsbegehung vorzunehmen.

TOP 12.3 Herr Walter Daxl, Bürgerverein Bockhorn: Kostenloses Parken für Schwerbehinderte im Bereich der Stadt Oldenburg

Herr Walter Daxl hinterfragte den Sachstand zur Erteilung der Erlaubnis zum kostenlosen Parken für Schwerbehinderte in Oldenburg. Auch Frau MdB Evers-Meyer als Behindertenbeauftragte des Bundes habe leider bislang keinen Erfolg in ihren Bemühungen gehabt, hier zu einer anderen Regelung zu gelangen.

Landrat Ambrosy und Erster Kreisrat Wehnemann hätten sich dankenswerterweise bereit erklärt, die Angelegenheit in Gesprächen mit Herrn Oberbürgermeister Prof. Schwandner zu klären. Schwerbehinderte Bürgerinnen und Bürger fragten immer wieder nach einer Lösung des Problems; sie fühlten sich bestraft, wenn sie vor allem nach lange andauernden Untersuchungsterminen bei Gutachtern in Oldenburg mit einem Bußgeld von 20 € wegen Parkverstößen belegt würden.

Landrat Ambrosy teilte mit, man habe mit Herrn Oberbürgermeister Prof. Schwandner gesprochen; von dort seien positive Signale ergangen. Die Verwaltung werde bei der Stadt Oldenburg nachhaken, wann definitiv mit einer Umsetzung der Neuregelung zu rechnen sei.

TOP 12.4 Herr Walter Daxl, Bürgerverein Bockhorn: Senkung der Kreisumlage

Herr Daxl verwies auf die angespannte Finanzlage in den Städten und Gemeinden. Er hinterfragte, ob in absehbarer Zeit angesichts der positiven konjunkturellen Entwicklung (gesunkene Arbeitslosenquote) mit einer Senkung der Kreisumlage um zumindest 0,5 Punkte zu rechnen sei. Besonders der Gemeinde Bockhorn würde eine solche finanzielle Entlastung zugute kommen.

Landrat Ambrosy antwortete, die angespannte finanzielle Lage treffe Landkreise, Städte und Gemeinden. Wichtig sei es, einen Ausgleich der Belastungen zu finden und nicht einseitig zu Lasten oder zu Gunsten des jeweils anderen zu agieren.

Der Gemeinde Bockhorn sei aus seiner Sicht langfristig mehr damit geholfen, sie strukturell besser auszustatten. Das Schulzentrum habe man erheblich aufgewertet. Strukturelle Hilfen bestünden z. B. bei touristischen Aktivitäten und Strukturfördermaßnahmen. Die Situation der Gemeinden verbessere sich durch diese gezielten Förderungen erheblich.

Der Nds. Innenminister habe im Rahmen der Haushaltsgenehmigung des Landkreises eine Zielvereinbarung zum Haushaltskonsolidierungsprogramm verlangt. Danach müssten die 16 Mio. € an noch verbliebenen kurzfristigen Verbindlichkeiten innerhalb von acht Jahren abgebaut werden. Jedes Jahr müsse der Landkreis also einen Überschuss von 2 Mio. € erwirtschaften, um diese rechtliche Vorgabe zu erfüllen.

Eine gesenkte Kreisumlage komme danach im Ergebnis nur dann in Betracht, wenn man diese jährlichen 2 Mio. € Überschuss überschreite. Daher könne man aus heutiger Sicht wenig Hoffnung auf eine Umlagensenkung verbreiten. Die Lösung des Problems liege vielmehr darin, weiterhin mit den Gemeinden Projekte zu suchen, mit denen man ihre strukturellen Probleme lösen könne. Außerdem sei das Grundproblem weiter die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Land und Bund.

TOP 12.5 Herr Müller: Prozesse der EWE AG

Herr Müller verwies auf die Ausführungen des Landrats, die ersten Prozesse habe die EWE gewonnen. - Es gebe nur zwei Prozesse vor Amtsgerichten; einer davon beinhaltete einen Formfehler. Alle weiteren noch anhängigen Prozesse befänden sich vor dem Oberlandesgericht; es gebe noch keine rechtskräftigen Urteile.

Landrat Ambrosy erklärte, tatsächlich liege eine Rechtskraft der Urteile noch nicht vor. Gemeint sei, dass in den bisherigen Verfahrensabschlüssen die EWE obsiegt habe. Auf der nächsten Ebene stehe eine Entscheidung noch aus.

Auf Nachfrage von Herrn Müller erklärte der Landrat, er sei Mitglied der Zweckverbandsversammlung und Mitglied im Verwaltungsrat des Zweckverbandes EWE. Der Zweckverband halte zwei GmbH. Diese beiden GmbH hielten die Aktien der EWE AG. Diese komplizierte Struktur sei Ausschlag gebend dafür, dass die Landkreise als Zweckverband nicht direkt bis zur EWE AG durchgreifen könnten.

- - - -

Herr Müller kritisierte, Fragesteller der Einwohnerfragestunde müssten sich diskreditiert fühlen, da Sitzungsteilnehmer sich abwendeten und mit einem Lächeln zurück zögen. - Kreistagsvorsitzender Lahl erklärte, im Sitzungsverlauf habe es keinerlei Anlass gegeben, Teilnehmer für ihr Verhalten zu rügen. Unabhängig davon bleibe es jedem überlassen, ob und wie intensiv er/sie dem Verlauf der Beratung folge.

TOP 12.6 Frau Dr. Eickelberg, Schortens: Blaue Tonne/Regelung Sackentsorgung

Frau Dr. Eickelberg fragte, ob die Kreisverwaltung bei der Blauen Tonne jene Haushalte bedenke, die per Sack entsorgten. In ihrem Wohnort Stummeldorf lägen zehn Häuser an einem Weg; die nächste Straße sei 350 m entfernt. Man habe immer Säcke benutzt; aufgrund des Schotterweges wäre es schwierig, die Tonnen über diese Distanz bewegen zu müssen.

Sie habe in dieser Angelegenheit mit Herrn Peters, Fachbereich 12, Kontakt aufgenommen. Wenn der Landkreis sich an der Entsorgung über Blaue Tonnen beteilige, möge man die geschilderte Problematik berücksichtigen. Gut wäre auch weiterhin die Aufstellung von Sammelcontainern. Man sei offen auch für andere Alternativen; eine Blaue Tonne - egal von welchem Anbieter - lehne man jedoch ab.

Landrat Ambrosy dankte für den Hinweis. Man wisse um diese und ähnlich gelagerte Probleme in anderen Gemeinden und werde versuchen, sachgerechte Lösungen in dem noch verbleibenden Jahr bis zur Einführung der Blauen Tonne des Kreises zu finden.

TOP 12.7 Herr Tscherbatko: Bodenabbaugenehmigung für ein Grundstück in Zetel-Bohlenbergerfeld, Wehdestraße

Herr Tscherbatko führte aus, die Kreisverwaltung habe Aktenaufbewahrungsfristen nicht eingehalten. Katasteramtliche Aufzeichnungen zu einem Bodenabbau existierten nicht. Zwar sei eine Genehmigung vermerkt, Unterlagen seien aber nicht zu finden. In der Nordwest-Zeitung sei veröffentlicht worden, dass es noch Unterlagen gebe. Aber nach Schreiben seines Anwalts, so Herr Tscherbatko, werde dies wiederum verneint.

Ggf. könne sich der Umweltausschuss mit dieser Angelegenheit befassen.

Landrat Ambrosy bat um Verständnis, dass er Auskünfte zu diesem Vorgang ohne Einsichtnahme der Unterlagen nicht geben könne. Er verständigte sich darauf, Herrn Tscherbatko eine Antwort zukommen zu lassen, wenn dieser ihm Name und Anschrift zukommen lasse.

Eine Kontaktaufnahme hat zwischenzeitlich stattgefunden.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, dankte Kreistagsvorsitzender Lahl allen für die rege Beteiligung und schloss die öffentliche Sitzung um 16.40 Uhr. Der Kreistag setzte seine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung ab 16.45 Uhr fort.

gez. Herbert Lahl
Kreistagsvorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

Gerda Gerdes
Protokollführerin